

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Mittwoch (Nachmittag), 4. September 2019 / Mercredi après-midi, 4 septembre 2019

Gesundheits- und Fürsorgedirektion / Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale

32 2019.RRGR.167 Motion 131-2019 Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)
Selbstbehalt setzt wirksame Anreize bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe

32 2019.RRGR.167 Motion 131-2019 Krähenbühl (Unterlangenegg, UDC)
La franchise : une bonne option dans le domaine de l'aide sociale matérielle

Fortsetzung / Suite

Präsident. *(Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.)* Ich danke all jenen, die pünktlich zurück im Ratssaal erschienen sind. Ich übergebe das Wort dem Fraktionssprechenden der glp, für die undankbare Aufgabe, unmittelbar nach dem Mittagessen sprechen zu müssen.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Zur vorliegenden Motion: Die glp unterstützt die Bestrebungen hin zu einer Sozialhilfe, die fordert und fördert. In diesem Zusammenhang ist klar, dass man Sozialdienste, die eine hohe Quote an Integration erreichen, die also Sozialhilfe nehmende Leute erfolgreich zurück in den regulären Arbeitsmarkt bringen, und die kosteneffizient arbeiten, belohnen muss, wenn dies irgendwie geht. Für Sozialdienste, die dies nicht so machen wie andere, müssen Anreize geschaffen werden, in diese Richtung zu arbeiten, ganz im Sinne von «Fördern und Fordern». Allerdings ist die glp zumindest nicht geschlossen der Meinung, dass sich die Qualität eines Sozialdienstes an den effektiven Kosten zeigt, die in einer Gemeinde anfallen.

Damit sind wir bei der Motion Krähenbühl, die im Wortlaut sagt, dass wir mit dem Selbstbehalt die effektiven Kosten adressieren wollen. Wenn dieser Wortlaut lautete, dass wir gerne die Integrationserfolge oder die Kosteneffizienz adressieren würden, erhielte diese Motion von uns volle Zustimmung. Mit dem jetzt vorliegenden Wortlaut trotz der Voten, die in dieselbe Richtung gingen, wird diese Motion von der glp mehrheitlich nicht angenommen werden. Ich möchte anhand meiner Gemeinde noch gerne ausführen, weshalb ich oder wir befürchten, dass die effektiven Kosten ..., dass dies nicht die richtige Anreizwirkung ist. Wir sind eine Gemeinde, zusammen mit Ostermundigen, mit Biel, mit einer rekordhohen Sozialhilfeempfängerquote. Wir haben in unserer Gemeinde mit 18 000 Einwohnern auch soziale Brennpunkte: Das sind zwei bis drei bekannte Strassen, das sind Wohnblöcke, das sind Wohnblöcke, in denen Sozialhilfeempfänger wohnen, wo die Wohnungseigentümer sehr hohe Renditen erwirtschaften, was meiner Meinung nach an und für sich sehr fragwürdig ist. Wenn man nun eine sehr gute und erfolgreiche Sozialhilfe hat, wie – so denke ich – Ostermundigen eine hat, was geschieht dann? – Diese Leute werden reintegriert, sie kommen in den regulären Arbeitsprozess und ziehen danach logischerweise weg von diesen sozialen Brennpunkten. Sie bleiben vielleicht in der Gemeinde oder gehen woanders hin. Was geschieht? – Es wandern wieder Sozialhilfeempfänger in diese Siedlungen. Möchte man die effektiven Kosten an Sozialhilfeempfängern in einer Gemeinde adressieren; so ist es eine planerische Geschichte, es sind Gemeindeentwicklungsthemen. Wenn die Sozialdienste gut arbeiten – so zumindest die Erfahrung bei uns –, haben sie keinen grossen Einfluss auf die Verminderung der effektiven Kosten. In diesem Sinne – ich habe die Argumente genannt – wird die Mehrheit unserer Fraktion dieser Motion nicht zustimmen. Würde der Motionär in ein Postulat wandeln, würde eine Mehrheit diesem Postulat zustimmen können, und zwar mit der Idee, dass sichtbar wird, dass man dieses Anliegen im Sinne von «Fördern und Fordern» unterstützt, aber dass der Wortlaut zu wenig präzise und nicht in unserem Sinn ist. Deshalb möchte ich Grossrat Krähenbühl bitten, zu wandeln, denn dann hat er eine grössere Mehrheit für diesen Vorstoss. Wenn er nicht wandelt, werden wir mehrheitlich dagegen sein.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Trotz der bekannten strukturellen Unterschiede – Miete et cetera, wir haben verschiedene Sachen gehört – gibt es bei den Nettokosten pro Person, wie von

den Motionären ausgeführt, unerklärliche Differenzen zwischen vergleichbaren Gemeinden. Handlungsspielraum gibt es aus unserer Sicht nicht nur in der Höhe der Unterstützung der Situationsbedingten Leistungen (SIL), sondern auch auf der Einnahmeseite. Unsere Fraktion möchte kein System à la Zürich, in dem jede Gemeinde ihre Kosten selbst tragen muss. Einer Mitbeteiligung in Form eines Selbstbehalts stehen wir jedoch positiv gegenüber. Dies führt dazu, dass Gemeinden näher auf die Kosten achten und darauf, wie gearbeitet wird. Die EDU-Fraktion unterstützt diese Motion deshalb in allen Punkten.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechenden, zuerst zu Stefan Bütikofer, SP.

Stefan Bütikofer, Lyss (SP). Ich muss etwas zu den Anreizen für die Gemeinden sagen, die offenbar fehlen sollen. Als Gemeinderat in Lyss bin ich zuständig für das Ressort Soziales und davon überzeugt, dass mein Sozialdienst gut arbeitet. Ich gehe davon aus, dass der Sozialdienst von Hans-Peter Kohler in Köniz gut arbeitet. Ich bin auch überzeugt, dass all jene von Ihnen, die in ihren Gemeinden mit dem Sozialen zu tun haben, sicher sind, dass bei ihnen gut gearbeitet wird. Wenn nicht, müsste man da genauer hinsehen. Das Gefühl zu haben, dass die Kosten sonst überall nicht im Griff behalten werden, geht für mich nicht auf. Es gibt ja auch Anreize. Die Hauptaufgabe des Sozialdienstes ist es, die Sozialhilfebeziehenden möglichst rasch wieder in den Erstarbeitsmarkt zu integrieren. Dies ist für die Betroffenen das Beste und spart langfristig am meisten Kosten. Wir sind dazu verpflichtet. Dazu gibt es beispielsweise in Lyss eine Kommission und ein Parlament, welche diese Zahlen auch sehen und darauf achten, dass die Kosten nicht ausufern. Es wird somit hingeschaut, und Anreize sind schon da. Hinzu kommt, dass im Moment ein Pilotversuch mit einer eingehenden Revision der GEF für die Sozialdienste läuft. Mit diesem Projekt können ebenfalls allfällige Missstände aufgedeckt werden, ohne dass wir eine grosse Bürokratie aufbauen, ohne dass wir das Risiko von Fehlanreizen oder von langwierigen und kostspieligen juristischen Folgen für den Kanton eingehen. Gegen dieses Projekt wehre ich mich und wehrt sich die SP-JUSO-PSA überhaupt nicht; wir sind auch froh, wenn diese Kosten im Griff behalten werden. Ich bitte Sie, diesem Projekt eine Chance zu geben und die vorliegende Motion deshalb im Moment abzulehnen.

Daniel Bichsel, Zollikofen (SVP). Ich spreche hier ausdrücklich nicht als Präsident des Verbands Bernischer Gemeinden (VBG). Der Entscheid, ob ein solcher Selbstbehalt eingeführt werden soll oder nicht, soll hier im Rat erfolgen. Wir vom VBG sind durchaus bereit – wie es auch in der Antwort der Regierung steht –, die Ausgestaltung, also das «Wie», mitgestalten zu helfen. Da wären wir dabei. Weshalb äussere ich mich hier für die Annahme der Motion? – Wir haben es bereits zwei- oder dreimal gehört: Es geht wirklich nicht um die Ausgabenseite. Die Ausgaben sind mehr oder weniger geregelt und normiert durch die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Es gibt einen gewissen Spielraum bei den SIL, aber die grosse Manövriermasse, die ich sehe – und da gibt es Unterschiede bei den bernischen Sozialdiensten –, ist auf der Einnahmenseite. Kobi Schwarz sagte dies vorhin bereits. Ich bin einfach klar der Auffassung: Wenn sich jemand anstrengt und dazu beiträgt, dass die Nettokosten von 475 Mio. Franken in der wirtschaftlichen Hilfe, die letztes Jahr durch die Gemeinden in den Lastenverteiler eingegeben wurden, sinken, soll er belohnt werden. Ich kann Ihnen sagen, dass es Knochenarbeit ist, Einnahmen zu generieren, Verwandtenunterstützungsbeiträge, Alimenteninkasso, Versicherungsleistungen von vorgelagerten Vorsorgesystemen geltend zu machen et cetera. Dort kann man mehr oder weniger tun, und ich bin der Auffassung, dass jene, die sich anstrengen, belohnt werden sollen, beziehungsweise, dass passives Verhalten nicht belohnt werden soll.

Wir haben in einem der ersten Voten – ich glaube, es war von Margrit Junker – gehört, dass der Lastenverteiler des Kantons Bern in der Sozialhilfe ein schweizweit anerkanntes System ist. Dieser Auffassung bin ich auch. Dazu müssen wir wirklich Sorge tragen. Dies bedeutet auch, dass wir die Solidarität in diesem Lastenverteiler nicht überstrapazieren dürfen, denn sonst gerät plötzlich der gesamte Lastenverteiler unter Druck, und dies möchten Sie bestimmt auch nicht. Es wurde auch gesagt, es bedeute, Geld von einer Hosentasche in die andere zu verschieben. Es handelt sich hier um eine gesamtstaatliche Aufgabe, und der Vollzug liegt primär bei den Gemeinden. Der Bürger hat ein Anrecht auf einen effizienten Vollzug dieser Aufgabe, damit dieser möglichst effizient erbracht wird und so im Gesamtsystem Kosten eingespart werden können. Es ist nicht so, wie man meinen könnte, wenn man nur den ersten Satz liest, dass es eine Sparübung zulasten der Gemeinden sei, nein. Der Gesamtbetrag wird ja über den Soziallastenindex rückerstattet. Dies ist nichts Neues, wir kennen dies bereits seit Jahren in der institutionellen Sozialhilfe, in der dies angewandt wird. (Der

Präsident bittet den Redner zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.) Es ist also insgesamt ein System, das wir kennen und das dazu beitragen kann, dass der Lastenverteiler weiterhin mehrheitsfähig bleibt. Deswegen: Annahme der Motion.

Reto Müller, Langenthal (SP). Mehr Kosteneffizienz in den Berner Gemeinden, dies hat der VBG-Präsident gesagt. Man kann nicht dagegen sein, niemand kann dagegen sein. Jedoch möchte ich als Gemeindevertreter auch dazu sagen, dass wir nicht die Geldschleuder des Kantons sind. Ich verwehre mich vehement gegen die Aussagen, dass wir hier irgendwie Gelder in den Gemeinden verschleudern oder nicht effizient mit den Steuergeldern umgehen. Es ist mit dem Bonus-Malus ein Hin und Her in diesem Grossen Rat. Wir führten ein Gesetz ein, wir wandten es an; es wurden Verfügungen ausgesprochen zugunsten oder zulasten der Gemeinden. Diese Übung wurde abgebrochen. Es wurde nicht weiter umgesetzt. Ab 2017 verfügte man nicht mehr, obwohl dies damals noch in der Verordnung war. Mehrere Berner Gemeinden machten dagegen Einsprache, machten dagegen Beschwerde. Diese Beschwerden sind noch immer hängig. Es ist nicht erledigt. Es sagten hier zwei Fraktionssprechende, der SVP-Sprecher und die BDP-Sprecherin, dass das Bonus-System gescheitert sei. Liebe Damen und Herren, dies ist immer noch im Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG), in Artikel 80d! Es ist höchstens sistiert, und im Namen unserer Gemeinde kann ich sagen: Wir wollen diesen Bonus, der bei uns verfügt wurde. Man kann diesen seitens des Kantons nicht einfach nicht ausbezahlen. Der Kanton verfügte uns 700 000 Franken Bonus; ich will dieses Geld. Und ich will dieses Geld, bevor wir wieder an einem neuen Gesetz oder an neuen Bestimmungen herumbasteln.

Die Nettokosten bei einzelnen Gemeinden: Wir verstecken uns nicht. Wir waren eine Bonus-Gemeinde, Langenthal steht gut da, wir arbeiten gut. Aber zwischen diesen Gemeinden gibt es Unterschiede, zum Beispiel die Wohnkosten. Wir verschieben sehr viel Geld vom Kanton an private Vermieterinnen und Vermieter. Eine Wohnung in Bern – dies behaupte ich – kostet nun mal mehr als eine Wohnung in Huttwil, in Langenthal oder wahrscheinlich in Ostermündigen. Die Städte sind bei der Sozialhilfe überproportional mehr belastet durch Soziallasten und die Anzahl an Sozialhilfebeziehenden. Auch dies ist kein Geheimnis. Der Kostenanstieg in den letzten Jahren war massgeblich geprägt durch die Platzierungskosten von freiwilligen Erwachsenenschutz- und Kinderschutzmassnahmen, nicht durch die SIL, liebe FDP. Dies wissen wir. Wenn wir uns jetzt dahinterklemmen und etwas regeln, das wirklich wirkt, damit wir am Schluss wieder ein gerechtes System haben, in dem keine Gemeinde Beschwerden macht, auch nicht der VBG, dann müssen wir so viele Soziallast-Faktoren berücksichtigen, damit wir wieder ein unnützes Gesetz haben. Das will ich nicht. Ich muss zum Schluss kommen, es blinkt. Ich möchte noch sagen, dass wir bei uns die Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen für den Kanton treuhänderisch verwalten. Diese sind *nicht* zufrieden. Fragen Sie in Ihrer Gemeinde nach, und sprechen Sie mit den Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen (*Der Präsident bittet den Redner zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*), bevor wir hier an einer neuen Regelung basteln. Bitte noch nicht! Vielen Dank.

Peter Siegenthaler, Thun (SP). Der Herr Stadtpräsident von Langenthal hat mir einen sehr guten Übergang geliefert. Ich wollte nämlich genau da beginnen, wo er nun aufgehört hat. Die Abteilung Soziales der Stadt Thun umfasst etwa 85 mitarbeitende Personen, hauptsächlich Frauen. Ich durfte in den letzten Monaten intensiv nach einer Nachfolge für die Abteilungsleitung suchen. Nach zwei Versuchen gelang es mir, jemanden zu finden, keine Frau, einen Mann. Meine Damen und Herren, vielleicht hat dies etwas mit diesem Thema zu tun. Intern hätte ich ausgezeichnete Kandidatinnen gehabt. Als ich sie fragte, ob sie dies wollen, sagten sie mir: «Um Gottes Willen, verschone mich mit dieser Anfrage! Ich mache meinen Job gern; ich arbeite gern mit meinen Mündeln, mit meinen Klienten, aber ich will nicht noch mehr mit Listen, mit Abrechnungen zu tun haben. Ich will mit Ihnen als Politiker, mit Ihnen als Grossrat nichts zu tun haben. Verschonen Sie mich mit dieser Anfrage!». Ich nahm dies zur Kenntnis, wusste dies zu würdigen; diese Gründe sind zu würdigen. Meine Damen und Herren, wir sind in diesem Rat alle auf Fachwissen angewiesen, in welchen Bereichen auch immer. Wir akzeptieren dies und nehmen es entgegen. Wir haben sie heute Morgen gehört, als wir über Spitäler und ihre Zukunft diskutierten. Wir vertrauen diesen Fachleuten – ausser in diesem Bereich. Hier habe ich das Gefühl, sei ein grosses Misstrauen vorhanden, ein grosses Misstrauen gegenüber den Personen, die uns hier Ratschläge geben, so, wie es Herr Bock heute in der «Berner Zeitung (BZ)» getan hat. Er wurde ja heute Morgen bereits zitiert.

Lieber Hans-Peter Kohler, Sie und ich sind Sozialvorsteher in unseren jeweiligen Gemeinden. Wir haben durchaus die Möglichkeit, zu steuern. Dies können wir. Wir können mit unseren Sozialdiensten

politische Vorgaben besprechen. Das können Sie, das kann ich. Die konsequente Fallführung, die ich hier für Thun in Anspruch nehme, mit Weisen, Mahnen und Verfügen, schlägt sich auch in der Sozialhilfequote nieder, die bei uns 2017 5,28 Prozent und 2018 noch 4,69 Prozent betrug. Die Empfängerinnen und Empfänger: 2345 Personen im 2017 und 2083 Personen im 2018. Meine Damen und Herren, ich ziehe ein Fazit: Hören wir auf, uns mit solch komplizierten Prozeduren, wie sie in dieser Motion vorgeschlagen werden, noch mehr zu bemühen. Bringen wir den Fachleuten, die uns in diesem Bereich beraten, gleich viel Vertrauen entgegen wie wir es Bau- oder Spitalfachleuten entgegenbringen. Schätzen wir damit auch die Arbeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sozialdiensten hoch genug ein. Ich bitte Sie, diese Motion abzulehnen.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Ich bitte Sie, diese Motion abzulehnen. Sie hat schlechte Auswirkungen auf Fremdplatzierungen von Kindern und Jugendlichen. Denn der beste Platz mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis soll den zu platzierenden Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Die Platzierung in staatlichen und oft viel teureren Plätzen erscheint nicht in der Sozialhilfe-Rechnung. Die oft günstigeren, nicht staatlichen Angebote aber belasten die Sozialrechnung voll und ganz. Somit wird man mit der Annahme dieses Vorstosses nur noch in staatliche Einrichtungen platzieren, und so werden die Gesamtkosten steigen; die Gemeinden können sich so selbst entlasten. Dies ist eine Mogelpackung. Ein anderer Gedanke: In ländlichen Gemeinden existiert zurzeit viel leerer Wohnraum, der günstiger ist als in den Städten. Daher wäre es sinnvoll, wenn die Sozialhilfeempfänger vermehrt in die günstigen Wohnungen zögen. Dann müsste man in den Städten weniger neuen Wohnraum bauen. Gesamthaft ergäbe dies einen Nutzen.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp). Der Effekt, den das Bonus-Malus-System hatte, ist einigermassen phänomenal, in Anbetracht dessen, dass die Verfügungen gar nie richtig in Rechtskraft erwachsen sind. Mein Kollege Reto Müller hat zwar gelobt, dass Langenthal eine Bonus-Gemeinde sei. Sie ist aber erst zu einer geworden, am Anfang war sie schlechter dran. Dies ist korrekt. Wenn ich mich richtig erinnere, war Lyss sehr schlecht dran. Oh ja! (*Heiterkeit / Hilarité*) Und jetzt? Sind Sie auch schon eine Bonus-Gemeinde? – Jedenfalls sind Sie gut dran. Was war die Ursache dieser phänomenalen Verbesserung? – Transparenz. Das Bonus-Malus-System hielt zwar vor dem Verwaltungsgericht rechtlich nicht stand, um die Boni auszurichten – und auch für die Malusse nicht –, aber es schuf Transparenz, und die Leute begannen, hinzuschauen. That's it! Fahren wir so weiter, mit Transparenz. Samuel Krähenbühl, nun wollen Sie dies ersetzen. Sie haben mich gefragt, ob ich daraufgekommen bin. Ich bin nicht daraufgekommen. Sie hatten den gleichen Text wie jetzt, nur, dass damals noch 20 Prozent darin standen; jetzt haben wir diese Bandbreite. Wenn ich diesen Vorstoss lese, steht in Punkt 1 «der effektiven Kosten». Auch Sie werden nicht bestreiten – auch nicht im Sozialdienst Zulg –, dass viele dieser Kosten nicht beeinflussbar sind. Klar, man kann die Quoten senken; dies ist das Ziel eines jeden Sozialdienstes. Aber ein grosser Teil ist nicht beeinflussbar. Wenn schon, dann hätte man sich auf die beeinflussbaren konzentrieren müssen.

Zu Punkt 2, dieser Bandbreite: Was tun wir denn da? – Eine Motion mit einer Bandbreite von 5–20 Prozent zu überweisen, dies ist einfach zu schwammig. Den Knackpunkt, den für mich schwierigsten Punkt, hat Reto Müller aufgenommen; darin gebe ich ihm mit meiner Einschätzung recht. Wenn wir da einen «Soziallastzuschuss» kreieren wollen, dann brauchen wir wiederum Kriterien. Dann sind wir bei den genau gleichen justiziablen Problemen, dass dies noch immer willkürfrei ist, wie wir es schon im Bonus-Malus waren. Welche Gemeinden besser und schlechter fahren werden, kann ich nicht voraussagen, aber ich kann voraussagen, dass es Gemeinden geben wird, die schlechter fahren werden. Ich hoffe für Luca Alberucci, dass es nicht Ostermundigen sein wird. Aber es kann Ostermundigen sein. Sie werden logischerweise Beschwerde machen. Ich habe da die genau gleichen Sorgen wie beim Bonus-Malus-System.

Vielleicht noch ein Wort zu jenen, die denken, dass man diesen Städtern und Vorstädtern auf die Finger schauen muss: Denken Sie daran, es ist eine Tatsache, dass jene, die Sozialhilfe beziehen, dorthin gehen, wo es die günstigen Wohnungen gibt. Vielleicht sind sie morgen in Schwarzenburg, und nicht mehr in Ostermundigen an der Bernstrasse, wenn dies ein so schöner Korso ist (*Der Präsident bittet den Redner zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*), wie ihn der Gemeindepräsident machen will.

Christine Grogg-Meyer, Bützberg (EVP). Nur ganz kurz: Ich war selbst in einer Sozialbehörde, also in einem Aufsichtsgremium, im politischen Aufsichtsgremium unseres regionalen Sozialdienstes. Für diese Sozialbehörde gibt es vom Kanton Bern einen Leitfaden. In diesem Leitfaden stehen

Wirksamkeitsziele, die wir als Aufsichtsgremium überprüfen sollen. Eines dieser Kriterien ist die Wirtschaftlichkeit des Sozialdienstes. Wir haben politisch also eine Möglichkeit, Einfluss zu nehmen und zu überprüfen, wie wirtschaftlich unser Sozialdienst arbeitet. Liebe Leute, wir haben diese Möglichkeit. Wir müssen sie nur wahrnehmen. So viel zu diesem Vorstoss.

Präsident. Ich nehme an, Frau Margrit Junker von der SP wolle eine Replik geben. Sie hat das Wort.

Margrit Junker Burkhard, Lyss (SP). Ich möchte nur kurz eine Antwort geben, weshalb Lyss plötzlich nicht mehr im Malus war. Es ist ein äusserst trivialer Grund: Wir berechneten den Leerwohnungsbestand anders und mussten aufpassen, nicht plötzlich ins Plus zu geraten. Es hatte also definitiv nichts mit der Arbeit im Sozialdienst zu tun; diese wurde nach wie vor seriös geleistet und wird es auch heute noch.

Präsident. Damit sind wir am Ende der Sprecherliste angelangt. Wünscht der Motionär noch das Wort? – Nach dem Regierungsrat. Je donne la parole à Monsieur Schnegg.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la santé publique et de la prévoyance sociale. Tout d'abord, nous avons beaucoup entendu parler du bonus-malus. Comme vous le savez, une procédure est en cours. Je ne m'exprimerai donc pas sur la procédure. Mais le bonus-malus a eu pour effet de mettre en évidence un certain nombre de points qui ont pu être corrigés. Malheureusement, on connaît le jugement qu'il y a eu de ce système qui permettait également – on l'a un peu entendu maintenant – de l'influencer.

Deuxième point que j'aimerais relever : il ne s'agit pas ici d'un transfert de charges du canton aux communes. La totalité du montant que le canton ne payera pas sera reversée comme c'est d'ailleurs indiqué dans la motion. On a également entendu parler que certains coûts sont difficilement maîtrisables, particulièrement les placements externes. J'aimerais là vous inviter à relire la réponse du Conseil-exécutif, et c'est exactement ce genre de point que nous étudions d'ores et déjà, même avant le dépôt de cette motion.

J'aimerais quand même revenir sur le point où on dit que les services sociaux ne peuvent pas avoir d'effet sur les coûts. Je pense que cette affirmation est fausse. J'aimerais simplement l'illustrer parce qu'il se passe dans ma région, le Jura bernois, une petite région avec une structure démographique, économique et sociale assez identique. Une série de communes, que j'appellerais plutôt petites à moyennes, de quelques centaines à quelques milliers d'habitants, pas de grands sites urbains, une économie industrielle partout. Nous avons dans cette région des différences que je qualifierais d'extraordinaires. Entre les sept services sociaux que nous avons dans cette région, le coût annuel net par personne varie de 8738 francs à 11 893 francs. Cela ne peut pas être les primes d'assurance-maladie – nous sommes tous dans la même catégorie. Cela ne peut pas être les loyers – nous sommes, heureusement ou malheureusement, dans une région où les loyers sont très bas. La différence est de plus de 36 pour cent entre les deux extrêmes.

Si je prends le taux d'aide sociale entre ces sept services sociaux, il varie de 4,1 pour cent à 11,4. Mesdames et Messieurs, il y a des services sociaux qui ont beaucoup plus de succès dans le travail d'intégration qu'ils mènent, dans le suivi des dossiers qu'ils ont, et pour m'en convaincre, j'avais rencontré spécialement deux services sociaux suisse-alsaciens d'une même région, dont un avait des résultats exceptionnels, et l'autre était dans la queue du classement sur le bonus-malus. Et bien, Mesdames et Messieurs, l'organisation même, l'engagement de ces personnes, le mode de travail, les processus, ont une influence sur les résultats. Il est important que les communes qui s'engagent là-dedans puissent également bénéficier de leur engagement. Il faut savoir qu'aujourd'hui, si une commune économise par son travail, par le fait qu'elle ait récupéré l'argent là où on pouvait le récupérer, par le fait qu'elle ait travaillé sur toutes les problématiques de subsidiarité etc., l'écart finit par être énorme, mais le bénéfice pour cette commune, il est totalement négligeable. Avec l'instauration d'une franchise, cela permettrait de corriger cette situation, mais permettrait également d'avoir une certaine transparence entre les services sociaux. Quant à l'argument que la mise en place d'une telle franchise augmenterait le travail administratif, permettez-moi d'en douter. Emettre une facture avec 50 pour cent des coûts, ou 40 pour cent, ne fait pas une grande différence au niveau du travail administratif. Je vous invite donc à soutenir la proposition du gouvernement et à accepter cette motion, de manière à ce que nous puissions avancer constructivement avec ces travaux.

Präsident. Ich gebe dem Motionär nochmals das Wort.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP). Es war eine interessante Debatte. Wir hörten verschiedene Nuancen. Was ich feststelle, ist, dass auch von Leuten, die gegen diese Motion sind, anerkannt wurde, dass Anreize wirken, dass der Bonus-Malus einen Effekt hatte. Nun schaue ich nochmals in die Ecke da hinten: Leute, der Bonus-Malus ist Geschichte, er ist einfach Geschichte! Es war kein schlechtes System. 2012 evaluierte ihn dieses Gremium, evaluierte es den Selbstbehalt und den Bonus-Malus, und der Bonus-Malus starb. Es wird kein Malus mehr einkassiert, dies ist rechtlich nicht mehr möglich. Reto Müller muss vielleicht ... Wenn kein Malus einkassiert wird, kann kein Bonus ausbezahlt werden. Das müssen Sie mit der GEF regeln. Aber vergessen Sie es einfach. Ein solches System ist vorbei. Das, was die Sprecher der glp, die Thomas Brännimann und Luca Alberucci sagen, ist genau das Problem. Dies kriegen wir nicht mehr hin, denn es ist so schwierig und so kompliziert. Peter Siegenthaler, ich glaube, das ist es, was so kompliziert ist, wenn man «fine tunen» und abwägen muss, welcher Effekt welchen Effekt hat. Ich glaube, wenn wir einen sauberen Selbstbehalt, aber eine gewisse Abgeltung für die Soziallast machen, ist dies das Beste. Leute, diese Indikatoren gibt es ja! Ich rufe es nochmals in Erinnerung: Die Schule hat dies. Die Schule hat ein super System, das Wirkung zeigt. Wir wollen nichts anderes als das. Dort gibt es diese Indizes, dort gibt es einen soziodemografischen und einen geografisch-topografischen Index; dieses Zeug ist vorhanden. Dies kann man sicher umsetzen. Fassen Sie sich darum ein Herz, namentlich die glp: Wir fahren als Motion. Beweisen Sie, dass Sie vor den Wahlen bürgerlich sind und verbünden Sie sich nicht mit Leuten, mit denen Sie lieber nicht verbündet sind. Wir fahren so und bitten um Annahme.

Präsident. Ich muss mich jetzt wahnsinnig zusammenreissen, aber ich mache keinen Spruch. (*Heiterkeit / Hilarité*) Das führt dann zu einem Kropf!

Wir kommen zur Abstimmung. Wer diese Motion annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.167)

Vote (Affaire 2019.RRGR.167)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 85

Nein / Non 68

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben diese Motion angenommen, mit 85 Ja- zu 68 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung. Dies war das letzte Geschäft der GEF. Ich darf den Vizepräsidenten des Regierungsrates, den Gesundheitsdirektor Pierre Alain Schnegg, verabschieden. Vielen Dank.